

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/258

Bonn, den 27. Dezember 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Was soll das ? ----- Zu einer Äusserung von Vizekanzler Erhard	20
1	Realistisch ----- Zweckbestimmter Wirtschaftspessimismus widerlegt	26
2 - 2a	Weiter in "fröstelndem Ton" ----- Die Bahama-Entscheidung und die Bundesregierung Von Franz Barsig	80
3 - 4	"Staatsbürgerlicher Unterricht" ----- Was sich unsere Soldaten gefallen lassen müssen Von Wolfgang Schult	52
4	"Es kann für beide Teile gut sein" ----- Überlegungen zu deutsch-polnischen Jugendkontakten Von Horst Seefeld Bundessekretär der Jungsozialisten	29
5 - 6	"Spanien und die Herrschaft des Rechts" ----- Internationale Juristenkommission verurteilt Franco-Regime Von Bruno Kuster, Genf	59

Chefredakteur Günter Markscheffel

Was soll das ?

Zu einer Äusserung des Vizekanzlers Erhard

sp - Der stellvertretende Bundeskanzler und präsumtive Nachfolger Dr. Adenauers, Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister Professor Erhard, hat - wir sagen dies bis auf Widerruf - prominenten amerikanischen Journalisten erklärt, Ulbricht hätte die Mauer durch Berlin nicht errichtet, wenn die Amerikaner im August 1961 so eindeutig aufgetreten wären wie während der Kuba-Krise. - Professor Erhard hat der deutschen Sache mit dieser Äusserung einen Bärendienst geleistet, denn er weiß als Kabinettsmitglied genau, daß die Bundesregierung in jenen Tagen des August 1961 entweder kein Konzept zur Beseitigung der Mauer hatte oder nicht wagte, ein solches den Amerikanern vorzuschlagen. Schon lange vor dem August 1961, als jederman wußte, daß Ulbricht Mittel und Wege zur Aufhaltung des Flüchtlingsstroms suchte, wäre es Aufgabe der Bundesregierung und damit auch des stellvertretenden Bundeskanzlers Erhard gewesen, vorsorglich politisch zu reagieren. Wenn ein Mitglied der Regierung den Amerikanern heute Vorwürfe macht, dann gefährdet es leichtfertig das deutsch-amerikanische Verhältnis oder geht bewußt darauf aus, eine anti-amerikanische Stimmung zu erzeugen. - Wir stimmen daher völlig mit dem Kommentar einer großen westdeutschen Zeitung überein: "Nichts gegen Aufrufe und Bilanzzen am Jahresende. Wichtiger aber als das Wort der Politiker ist ihre Tat."

Realistisch

Zweckbestimmter Wirtschaftspessimismus widerlegt

sp - Ginge es nach den Zukunftsprognosen mancher Sprecher industrieller Vereinigungen, dann steht uns, was die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik anbelangt, ein düsteres Jahr bevor. Aus der Tatsache, daß das stürmische Tempo der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung der vergangenen Jahre nachgelassen hat, wird als Schlußfolgerung nun das Gegenteil gezogen und, wenn nicht schon schwere Krisen, so werden zumindest Stagnationen vorausgesagt. Hier handelt es sich um einen zweckbestimmenden Pessimismus, der keine Rechtfertigung in der wirklichen Lage unserer Wirtschaft findet. - Die Prognose des Hamburger Weltwirtschaftsarchivs für das kommende Jahr zeichnet sich dagegen durch größeren Realismus aus. Es hält eine pessimistische Betrachtungsweise nicht für angebracht. Nach Ansicht dieses Instituts wird die wirtschaftliche Wachstumsrate nicht geringer als im Jahre 1962 sein, man könne mit einem Zuwachs von drei bis vier Prozent rechnen. Das hört sich schon anders an und wird der tatsächlich zu erwartenden Entwicklung mehr gerecht. Eine Reduzierung der ungewöhnlich großen Gewinnspannen, die die Industrie in den vergangenen Jahren für sich buchen konnte, bedeutet keineswegs den nahenden Einbruch einer wirtschaftlichen Katastrophe; die Großverdiener werden sich eben daran gewöhnen müssen, weniger zu verdienen - wobei das Wenige noch beträchtlich sein wird. Noch immer gibt es offene Stellen auf dem Arbeitsmarkt, auch hält das Bemühen der Arbeitsämter um Vermittlung ausländischer Arbeitskräfte unvermindert an. Dies allein widerlegt den Zweckpessimismus, der wohl nur gepflegt wird, um die Arbeitnehmern ihren Anteil am Produktionszuwachs streitig zu machen.

Weiter im "fröstelndem Ton"

Von Franz Barsig

Kurz vor Weihnachten hat die Bundesregierung bestätigt, daß es nach dem November-Besuch des Bundeskanzlers in den USA zum Austausch von Botschaften zwischen Bonn und Washington gekommen sei. Dieser Vorgang wäre durchaus normal, denn in zwei Gesprächen, zudem belastet durch die Regierungskrise in Bonn, läßt sich nicht alles klären, so daß der Weg der schriftlichen Interpretation und Präzisierung geradezu notwendig ist. Weniger beruhigend allerdings ist, daß die amerikanische Nachrichtenagentur ap unwidersprochen davon berichten konnte, dieser Meinungsaustausch habe sich in "fröstelndem Ton" vollzogen, und die "Rheinische Post", die oft sehr präzise die Auffassung des Kanzleramtes wiedergibt, sprach in diesen Tagen davon, daß nach der letzten Fernsehansprache des amerikanischen Präsidenten neue Befürchtungen entstanden sind, die amerikanische Regierung erwäge erneut, die Sowjetzone anzuerkennen und das Gebiet der Bundesrepublik atomwaffenfrei zu machen.

Nicht störungsfrei

Abgesehen davon, daß diese "deutschen Befürchtungen" in der amerikanischen Politik niemals eine Stütze fanden, auch nicht in dem in der Osterwoche bewußt an die Öffentlichkeit gespielten Vier-Punkte-Plan, auf den man so oder so wird zurückkommen müssen, wenn man das Deutschland- und Berlinproblem entschärfen und Ansätze zu seiner Weiterbehandlung finden will, zeigen beide Äusserungen - die von der ap und die der "Rheinischen Post" - erneut, daß das deutsch-amerikanische Verhältnis nach langen Monaten schwerer belastender Mißverständnisse auch weiterhin nicht störungsfrei ist.

Hinzu kommt, daß die Bundesregierung, woraus ihr kein Vorwurf zu machen ist, denn sorgfältige Prüfung ist gerade hier angebracht, nicht hat zu erkennen gegeben, wie sie die Ergebnisse der Bahama-Konferenz beurteilt. Publizistische Vorreiter der Bundesregierung haben allerdings keinen Hehl daraus gemacht, daß sie dieses Konferenz-Ergebnis mit "Besorgnis" betrachten. Neue, störende Faktoren könnten sich also auch von dieser Seite ergeben und die 1963 fälligen sowjetisch-amerikanischen Deutschlandgespräche belasten. Eine nicht gerade günstige Konstellation, denn im neuen Jahr ist ein ungetrübtes von Vertrauen getragenes deutsch-amerikanisches Verhältnis eine Lebensnotwendigkeit.

Dabei wird die Bewaffnungsfrage sicherlich eine Rolle spielen. Sie aber ist und darf nicht der Ausgangspunkt der Betrachtung oder der sogenannten "Diskriminierung" sein. Der Ausgangspunkt ist und bleibt, ob das ganze Bündnis lebensfähig ist und ob jeder Bündnispartner das Vertrauen haben kann, daß er in Gefahrenlagen von allen und mit allem verteidigt wird. Hat man dieses Vertrauen oder kann man es uneingeschränkt wieder herstellen, dann ist sinnvolle Arbeitsteilung im Bündnis nicht nur zweckmässig und am effektivsten, denn entfällt auch völlig das, was man jetzt als "Diskriminierung" bezeichnet.

Ratschläge der Sozialdemokratie

Die Sozialdemokraten haben niemals behauptet, daß die NATO in der Form, in der sie nach dem Prager Umsturz entstanden ist, auch heute noch in ihrer Organisationsform den Gegebenheiten entspricht. Von der Sozialdemokratie stammt beispielsweise der Vorschlag, den NATO-Rat zu einem tatsächlichen, politischen Konsultativ- und Entscheidungsorgan auszugestalten, dem im übertragenen Sinne in der Exekutive nicht nur eine der amerikanischen Oberbefehlshaber, sondern die Vertretung der Streitkräfte des gesamten Bündnisses gegenüberstehen. Sie haben auch angeregt, daß der NATO-Rat und damit jeder der 16 Staaten weit mehr an der strategischen Planung beteiligt wird als das heute der Fall ist, denn effektiv ist es so, daß Entscheidungen im Pentagon und nicht in Paris fallen.

Es gibt also genügend Probleme, die beratungswürdig sind und bei deren Lösung die Bahama-Entscheidung bei aller ihrer Bedeutung mehr technischen Charakter gewinnen würde als es heute noch zu sein scheint. Jedenfalls wäre es ein Kurzschluß, nachdem das Problem der "16 Finger am Abzug" nicht gelöst werden konnte, nun lautstark 16 Abzüge, für jeden Finger einen, zu fordern, wobei im Falle der Bundesrepublik auch der Annex zum Londoner Abkommen eine wichtige Rolle spielen würde.

Der Bundeskanzler hat schon - oder soll in den nächsten Tagen - den amerikanischen Präsidenten um nähere Auskünfte über die Botschaft gebeten haben, die ihm Kennedy nach der Bahama-Konferenz übermittelt hat. Das mag sicherlich notwendig sein. Es ist eine Frage, die in Schoße der Bundesregierung allein getroffen werden kann. Die grundsätzliche Stellungnahme der Bundesrepublik nicht nur zu dieser Frage, sondern zum Bündnis überhaupt und zu den Perspektiven der Deutschland- und Berlinpolitik, die davon selbstverständlich berührt werden, sollte erst erfolgen, wenn gemeinsam beraten worden ist.

Abnehmendes Gewicht des Bundeskanzlers

Der Bundeskanzler hat in seiner Weihnachtsansprache viel von der Mitverantwortung in der parlamentarischen Demokratie gesprochen. Die Sozialdemokraten bekennen sich dazu und haben gerade deshalb in der Vergangenheit das System der einsamen Entschlüsse verurteilt. Sie wären in dieser Lage aber auch sinnlos, denn das Wort eines Kanzlers im Jahre 1963 hat nicht das Gewicht wie etwa ein bestimmtes aus dem Jahre 1950. Dazu reichen auch Entscheidungen der Koalition nicht aus. Deutsche Interessen lassen sich heute gegenüber Partnern und Gegnern nur dann sinnvoll vertreten, wenn das ganze Volk dahintersteht. Ein Weg zu einer solchen Beratung sollte sich heute eigentlich leichter finden lassen als noch vor wenigen Jahren.

"Staatsbürgerlicher Unterricht"

Was sich unsere Soldaten gefallen lassen müssen

Von Wolfgang Schult

- * "Eine Planwirtschaft, auch Befehls- oder
- * Verwaltungswirtschaft genannt, ist nicht
- * möglich ohne umfassende Diktatur ... Eine
- * Planwirtschaft ist ohne totalitäre Dikta-
- * tur nicht möglich."

* * *

Diese Sätze findet man in den Informationen für die Truppe, Jahrgang 1962, Heft 11, die vom Bundesministerium für Verteidigung jeden Monat herausgegeben werden. Die Hefte sollen den Offizieren als Leitfaden für den einmal in der Woche abzuhaltenden staatsbürgerlichen Unterricht für unsere fast 400.000 Soldaten der Bundeswehr dienen. Die zitierten Sätze stehen in einem Aufsatz mit dem Titel "Die Wirtschaftsordnung in Ost und West". Es ist als Thema des Monats angesagt; unsere Soldaten sollen also über Wirtschaftsordnungen "aufgeklärt" werden.

Zwei andere Sätze lauten: "Ein kapitalistisches System setzt eine entwickelte Industrie voraus. Diese gab es nicht in Rußland, mithin auch kein kapitalistisches System." - So einfach ist das !

Die Deutung des Begriffs "Planwirtschaft" aus der Propagandakiste des Verteidigungsministeriums veranlaßt zu den Fragen: Leben wir eigentlich in einem demokratischen Staat? In unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung plant doch die Industrie ihre Produktion auch! Oder nicht? Was soll sonst die ständige Marktforschung? P l a n t nicht auch die Bundesregierung mit dem 58 Milliarden-Haushalt, was möglichst ohne die Wirtschaft zu schaden bundeszentral getan werden soll? Wollen wir den Wohnungsbau etwa einstellen, weil er bundes- und landeszentral g e p l a n t wird? Ist auch der gesetzliche Eingriff in den Baupreis zur Dämpfung der Baupreise ein "Ausdruck der Diktatur"? Desgleichen muß es nach der Definition des Verteidigungsministers für die Planwirtschaft ein Symptom für eine Diktatur sein, wenn die Bank deutscher Länder berechtigt ist, zum Schutze der Währung den Diskontsatz zu verändern. Wollen wir darauf verzichten, die Ausgaben für die Entwicklungshilfe zentral zu p l a n e n, weil die zentrale P l a n u n g nach Auffassung des Verteidigungsministeriums Diktatur bedeutet?

Viele Beispiele mehr könnte man nennen für eine von der öffentlichen Hand oder der privaten Wirtschaft durchgeführte P l a n u n g. Auch aus dem befreundeten westlichen Ausland ließen sich unzählige Beispiele aufführen.

Wann endlich hört man in regierungsamtlichen oder offiziellen Äußerungen mit dem fälschlichen Anwenden politischer Begriffe auf? Es besteht keine Veranlassung dafür, Begriffe wie "Planwirtschaft" oder auch "Sozialismus" in der sowjetischen Deutung zu verwenden. Auf diese Importartikel können wir wirklich verzichten. Auch in den Sendungen des WDR/NDR für unsere Landsleute in der sowjetischen Besatzungszone wird der Begriff "Sozialismus" kaum noch als "sogenannter Sozialismus" bezeichnet, wenn er in der kommunistischen Deutung verwendet wird.

Daß damit zugleich die vielen Entwicklungsländer herabgesetzt werden, die sich sozialistisch nennen, aber freiheitlich-demokratisch sein wollen, wird nicht bedacht. Wenn wir fortfahren, die kommunistischen Deutungen politischer Begriffe zu importieren, wird eines Tages auch der Begriff "Demokratie" in der sowjetischen Deutung bei uns benutzt.

Müssen sich unsere Soldaten eigentlich alles vom Verteidigungsministerium gefallen lassen?

+ + +
"Es kann für beide Teile gut sein"

Überlegungen zu deutsch-polnischen Jugendkontakten

Von Horst Seefeld

"Wir würden sehr gerne bessere Beziehungen zu westdeutschen Jugendorganisationen und auch mehr als bisher persönliche Kontakte zu jungen Menschen aus der Bundesrepublik haben", sagte vor kurzem ein Verantwortlicher der polnischen kommunistischen Jugendorganisation. Er bedauerte im Verlaufe des Gesprächs, daß man bisher so gar keine Möglichkeit habe, sich über die westeuropäischen Nachbarn zu orientieren.

Auf die Frage des westdeutschen Gesprächspartners, wie er sich denn eine Auflockerung der Verhärtung vorstelle, machte der Pole präzise Vorschläge. Er setzte sich für einen Austausch von Jugendzeitschriften ein, empfahl Brieffreundschaften zu knüpfen, schriftliche - später dann auch mündliche - Diskussionen zu führen und Bücher und Schallplatten auszutauschen. "Es kann für beide Teile gut sein", sagte der junge Pole, "denn wir wissen so wenig von einander und haben ganz bestimmt völlig falsche Vorstellungen von den anderen".

Von deutscher Seite kam der Einwand, daß doch sicher von der polnischen Regierung gewisse Einfuhrbeschränkungen in Bezug auf westliche Literatur bestehen würden. Der Pole winkte ab und meinte: "Wenn beide Regierungen wollen, und wenn die junge Generation unserer beider Länder es wünscht, dann wird das bald kein Hindernis mehr sein."

Es wurde noch viel gesprochen und man gewann den Eindruck, der eine ist kein "ausbeuterischer Kapitalist oder Revanchist" und der andere gehört nicht zu den "fanatischen Kommunisten".

Lohnt es sich Beziehungen zur Jugend Polens aufzunehmen? Sollten alle politisch interessierten Jugendverbände der Bundesrepublik diese Überlegung einmal in Erwägung ziehen? Gibt es eine Chance, die kritische junge polnische Generation aus der Isolation des Ostblocks, ohne ihre Selbstaufgabe zu verlangen, zu lösen?

Viele Fragen, die beantwortet werden sollten.

+ + +

"Spanien und die Herrschaft des Rechts"

Von Bruno Kuster, Genf

- * 192 684 Menschen wurden von 1939 bis 1944 in Spanien
- * zum Tode verurteilt und hingerichtet. Und immer noch
- * ist die persönliche, tyrannische und totalitäre Diktatur des "unfehlbaren" Staatsoberhauptes das einzige und
- * allmächtige Gesetz, dem sich jedermann bedingungslos
- * zu beugen hat.

* * *

"Der gegenwärtige spanische Staat ist aus einem militärischen Aufstand hervorgegangen", stellt der soeben veröffentlichte Bericht der Internationalen Juristenkommission über "Spanien und die Herrschaft des Rechts" einleitend fest. Führende Phalangisten geben zu, dass es dieser Staat bis heute unterlassen hat, das Bürgerkriegsregime abzubauen, worin die wichtigste Ursache für die gegenwärtige politische Krise zu erblickt sei. Jede Form oppositioneller Regung wird auch heute noch rücksichtslos unterdrückt, mit willkürlichen Verhaftungen und Folterungen.

"Es ist zu wünschen", erklärt Sir Leslie Munro, "dass die Achtung vor der menschlichen Person und ihren individuellen Rechten Gegenstand einer offiziellen Anerkennung durch die spanische Regierung wird. Erklärungen, die der spanischen Presse einen gewissen Grad der Freiheit zugestehen scheinen, bleiben rein symbolisch, solange die Regierung, wie das heute noch der Fall ist, die Redakteure ernennen und absetzen und die Meinungsäußerung wie auch den Inhalt der Nachrichten einer vollständigen Kontrolle unterwerfen kann. Andererseits stellt die Beauftragung der Militärgerichte - selbst in Friedenszeiten - mit der Aburteilung zahlreicher Vergehen, die normalerweise von den ordentlichen Gerichten zu behandeln wären, eine schwere Verletzung der Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit dar."

Moralisches Todesurteil

Für alle jene Demokraten, die den Diktator Franco nie als Verbündeten gegen andere Diktatoren hinzunehmen bereit waren, bedeutet diese Einschätzung allerdings keine neue Erkenntnis. Trotzdem ist der Bericht

der Juristenkommission, der Theorie und Praxis des spanischen Staates einer leidenschaftslosen und unparteiischen Analyse unterwirft, ein historisches Dokument: Es ist das moralische Todesurteil über eine Regime, das sich siebzehn Jahre nach dem Untergang seiner nationalsozialistischen und faschistischen Vorbilder immer noch darauf versteift, das stolze und grosse spanische Volk daran zu hindern, seinen ihm gebührenden Platz in der Welt einzunehmen. Unter dem Vorwand, die "geistige, nationale, politische und soziale Einheit Spaniens" zu verteidigen, wird die Bevölkerung eines ganzen Landes wie eine Klasse ungezogener Primarschüler behandelt, stellten über dreihundert baskische Priester in einer bitteren und feierlichen Erklärung fest, mit der sie das Recht des Menschen auf Wahrheit und Freiheit proklamierten.

Kirche gegen Franco

Noch haben die spanischen Richter "vor Gott und den Heiligen Evangelien" zu schwören, "den Befehlen des Caudillo Franco bedingungslos zu gehorchen". Aber die katholische Kirche, auf deren Autorität sich der emporgestommene General während Jahren stützte, beginnt sich von ihm abzuwenden. In der Kirchenzeitung "Ecclesia" - der einzigen, der die staatliche Zensur nichts anhaben kann - schrieb der Bischof von Bilbao kürzlich, Spanien stehe hinsichtlich seines Volkseinkommens an einer der letzten Stellen in Europa, dagegen am dritt-vordersten Platz im Weltklassesment des Luxus und der Verschwendung der Reichen, was eine Provokation denjenigen gegenüber darstelle, "denen das Allernotwendigste fehlt, um ein menschenwürdiges Leben zu führen."

Die Kirche nützt heute ihre Freiheit, um durch die katholische Aktion die Sozialpolitik des Staates und seine Pseudo-Gewerkschaften mündlich und schriftlich zu kritisieren. Sie rechtfertigt ihr Eingreifen in das öffentliche Leben mit ihrer Verpflichtung, die in der päpstlichen Enzyklika "Mater et Magistra" enthaltene Soziallehre zu vertreten. Die spanische Kirche scheint nicht gewillt zu sein, ihr Schicksal noch länger mit dem bankrotten General zu verbinden.